

Alltagspolitik in der Nachkriegszeit

Hager, Frithjof

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hager, F. (1989). Alltagspolitik in der Nachkriegszeit. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 643-645). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-146339>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

aufgeworfen werden, also gründlicher das Problem einer für die Kultur- und Sozialwissenschaften adäquaten Empirie.

“Kultur als Theater der Erinnerung” soll heissen: Es herrscht offenbar Wiederholungszwang, was wiederholt wird, stammt aus der Erinnerung; unter dem Vorzeichen “Ästhetik” wird alles noch einmal gelesen, ja buchstabiert, es geht um einen Existenzialismus aus zweiter Hand; die Archive werden für Aufführungen geradezu geplündert; es soll ein Lebensfunken noch aus den ältesten Knochen geschlagen werden; eine hohe Kunst des Zitierens hat begonnen, nicht wie bisher für das Gedächtnis der Verstorbenen, sondern für die Phantasie der Lebenden; Metamorphosen sind zwar noch als Metastasen zu haben; sie werden aber um der eingebildeten Wandlung willen in Kauf genommen; die Erlebnisse sind als Momente eines Erfahrungsersatzes so oft verdünnt worden, dass die Frage nach der Substanz der Subjektivität nicht mehr aufkommen kann; die Zivilisierung der Menschheit scheint ihren Kriegsschauplatz endgültig in die Innenwelt verlegt zu haben; dementsprechend verlaufen die Kämpfe in den Bahnen der Theatralisierung, immer noch mit ungewissem Ausgang.

Alltagspolitik in der Nachkriegszeit

Frithjof Hager (Berlin)

In Untersuchungen der Alltagspolitik in Deutschland von 1945 bis 1949 hat sich gezeigt, dass bei der Vielzahl der Veröffentlichungen, die zur Nachkriegszeit und zur Entstehungsgeschichte beider deutschen Staaten vorliegen, doch meistens ein erstaunlicher Mangel zu erkennen ist; es sind nur wenige sozialwissenschaftliche Studien zu verzeichnen, die sich mit den selbständigen, autonomen, also zunächst nicht partei- oder organisationsgebundenen politischen Aktivitäten in der (west)deutschen Bevölkerung auseinandersetzen. Bis heute ist auch noch nicht einmal eine ausführliche Chronologie dieser nicht nur historisch bedeutsamen Ereignisse publiziert. Zwar sind verschiedentliche Arbeiten vorgelegt worden, die die lokal verorteten Aktionsausschüsse, die sich nach 1945 vielerorts gebildet hatten, darstellen; es gibt auch ausführliche Berichte zu den verschiedenen Streiks der Ruhrbergarbeiter; es ist auch der eintägige Generalstreik von November 1948 mehrmals gewürdigt worden; gleichwohl gibt es zur Zeit nur eine ungenaue Darstellung der unzähligen Proteste gegen die Wiederbewaffnung und die Einführung der Atombombe. Die hier kurz skizzierten grösseren Aktionen dieser Protestbewegung stützen sich auf eine in der Forschung noch nicht ausreichend erkannte und verarbeitete Vielzahl lokaler, regionaler und betrieblicher Proteste, Streiks, Arbeitsniederlegungen und Betriebsstörungen.

Gerade weil diese Lücke in der sozialwissenschaftlichen Forschung besteht, hat sich auch eine schon schematisch zu nennende Vorstellung über diese Zeit gebildet; ihre Kennzeichen sind: ein autoritärer Staat und eine restaurative Gesellschaft.

Die Hypothese meiner Untersuchung zur Alltagspolitik in der Nachkriegspolitik ist aber, dass die autoritäre und restaurative Politik der fünfziger Jahre eine Reaktion auf ihre vorgängigen gesellschaftlichen Bedingungen gewesen ist, die durch sie modifiziert und angeglichen werden mussten. Die kapitalistische Organisation der Gesellschaft, wie sie in den fünfziger Jahren begründet worden ist, musste erst noch durchgesetzt werden.

Diese Bedingungen liegen in folgendem: Die Nationalsozialisten haben die Form des preussischen Staats zerstört, die Realität des Rechtsstaats als Kohärenz der bürgerlichen Gesellschaftsform sowohl im Krieg wie auch in der Abhängigkeit von der Gesinnungsjustiz, den Willkürurteilen und im Durcheinander von Gebiets-hoheiten nationalistischer Gauleiter, kommunaler Bürokratie und Militärverwaltungen auseinandergerissen. Die Armeen der Alliierten fanden ein Land vor, ohne Einheit gesellschaftlicher Normen: ein Staat ohne Staatlichkeit. Das hiess auch, dass Bürokratien und Verwaltungen in einer neuen Weise, nämlich demokratisch, organisiert werden mussten. Die Regierungsgewalt selber lag in den Händen der Alliierten. Deutschland selbst war geteilt in vier Sektoren, es war eine Gesellschaft ohne die innere Wirklichkeit eigener Machtmittel; dies war ein Zustand, unvergleichlich und neu in der Geschichte des deutschen Reichs, diesem Konglomerat aus Hierarchien von regionalen Machthabern. Es bestand die Herrschaft des Mangels. Da die Ausbeutung der im Krieg überfallenen Länder fehlte, waren nur sehr eingeschränkt Lebensmittel für die einheimische Bevölkerung und für die aus dem Osten kommenden Millionen Flüchtlinge verfügbar. Wegen der zerstörten Städte gab es nur wenige zureichende Wohnungen. In dieser machtfreien Mangelwirtschaft war der Eigentumsbegriff dubios geworden: ohne fremde Wohnungen zu besetzen, ohne Diebstahl von Lebensmittel, ohne Korruption und Betrug war es nicht möglich, zu überleben. Dazu kam eine nicht nominelle, aber reale Inflation. Die Reichsmark als Tauschmittel wie als Wertindiz taugte im Alltag nur sehr wenig. Der daher entstandene Schwarzmarkt orientierte sich also nicht am Geldwert, es gab also nicht den Tausch über das "vermutete Dritte" (Max Weber), das Äquivalent, sondern wirksam war der direkte Tausch. Es war - gezwungenermassen - eine an den Gebrauchswertabstraktionen orientierte Tauschgesellschaft.

Festzuhalten ist für diese Zeit: eine Organisation des Alltags *ohne* die alltägliche Wirksamkeit der Medien der Macht, des Geldes, und der Lohnarbeit. Diese Ablösung von den systemischen Zwängen bedeutete innerhalb der Zwangsbewirtschaftung so etwas wie eine "notwendige Freiheit" - dieses Paradox war vielen bewusst: es setzte Kultur frei, wie das aus vielen Berichten hervorgeht. Überleben hiess vor allem, die eigenen, individuellen artistischen Möglichkeiten zu entdecken und dazu zu kommen, diese auch zu realisieren. Zur Überwindung des Mangels war Kultur als 'Lebensmittel' gegeben.

Mit der Währungsreform, der Einführung der D-Mark, dem Ende der Zwangsbewirtschaftung, der Steuerung der Bedürfnisse durch den Markt war es mit dieser Kultur vorbei. "Plötzlich", so notierte es Hans Werner Richter, "war uns bewusst geworden, dass wir von nun ab unter einem Mangel an Geld leiden würden,

genauso wie wir bisher unter einem Mangel an Nahrungsmitteln gelitten hatten". Das Medium Geld verklammerte wiederum die systematischen Zwänge der Wirtschaft und der Staatsverwaltung mit der Lebenswelt. Dies ist damals nicht ohne Kämpfe vonstatten gegangen; die millionenfachen Proteste gegen die Wiederbewaffnung können von hier aus auch verstanden werden als Widerstand dagegen, dass die Subordination der alltäglichen Lebenswelt unter das Medium Macht vollzogen wurde. Erst auf diese Weise, so vermute ich, ist der gesellschaftliche Zusammenhang der Bundesrepublik, so wie wir ihn heute vorfinden, restauriert worden.

Ich folge in der Untersuchung der Nachkriegszeit und der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik durchaus der These von Habermas zur Beziehung von System und Lebenswelt. Mir scheint dabei, als ob der umfangreiche Streit um dieses zweistufige Modell, Gesellschaft zu erklären, immer nur unter einer Voraussetzung geführt worden ist: Habermas' Begriffe wurden als resultativ-analytische angesehen. Sie könnten aber auch als prozessuale Kategorien gebraucht werden. Damit könnte auch die Entwicklung von System und Lebenswelt nicht synchron, im Sinne von Zuständigkeitsbeziehungen, sondern asynchron, im Sinne von Veränderungsmomenten angesehen werden. Sie wären also nicht im methodischen Sinne exklusiv, sich gegenseitig ausschliessend und daher eindeutig, sondern als Widerspruchsbeziehungen, als Markierungen von Wendepunkten im gesellschaftlichen Prozess zu begreifen. In diesem Sinne könnten die Begriffe für die Analyse von geschichtlichen Konstellationen genutzt werden.